



NEWSLETTER

Der Ratifizierungsprozess zum Europäischen Verfassungsvertrag Sachstand und Stimmungen in den einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union

Aktualisierter Stand: 13. Juni 2005

1. Einführung

Am 29. Oktober 2004 unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs der 25 EU-Mitgliedsstaaten die EU-Verfassung, die sie am 18. Juni 2004 einstimmig angenommen hatten. Dieser Verfassungsvertrag, der alle derzeitigen europäischen Verträge durch einen einzigen Rechtsakt ersetzt, kann jedoch erst in Kraft treten, wenn er von allen 25 Mitgliedstaaten ratifiziert wurde. *Durch das ablehnende Votum in Frankreich und den Niederlanden ist der Ratifikationsprozess nun in eine schwere Krise geraten.*

Die meisten Staats- und Regierungschefs sprechen sich dafür aus, den Ratifizierungsprozess fortzusetzen. In Belgien, Deutschland, Estland, Finnland, Griechenland, Lettland, Luxemburg, Malta, Österreich, der Slowakei, Slowenien, Irland, Portugal, Spanien, Tschechien, den Niederlanden und Frankreich befürworten die Regierungen eine Fortführung des Prozesses.

Großbritannien, Polen und Dänemark wollen hingegen eine Pause im Ratifikationsprozess einlegen.

Italien, Schweden, Litauen, Ungarn und Zypern haben sich nicht klar zur Zukunft des Ratifizierungsprozesses positioniert.

In zehn Mitgliedstaaten ist der Verfassungsvertrag bereits ratifiziert. Zwei Staaten haben ihn abgelehnt.

In sieben Ländern stehen noch Referenden zur EU-Verfassung an (Dänemark, Irland, Luxemburg, Polen, Portugal, Tschechien, Vereinigtes Königreich).

In sechs Staaten muss noch parlamentarisch ratifiziert werden (Belgien, Estland, Finnland, Malta, Schweden, Zypern).

Die ganze Aufmerksamkeit richtet sich nun auf den Gipfel der Staats- und Regierungschefs am 16. und 17. Juni in Brüssel. Dort wird endgültig über das weitere Vorgehen entschieden werden.

In regelmäßigen Abständen möchte der vorliegende *Newsletter* über die neuesten gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in den einzelnen Mitgliedsstaaten hinsichtlich der Verfassungsdebatte und des Ratifizierungsverfahrens informieren.

2. Zur Ratifizierungsdebatte in den Mitgliedsstaaten

Belgien (parlamentarische Ratifizierung)

Belgiens Premierminister Guy Verhofstadt sprach sich auch nach dem französischen und niederländischen „Nein“ dafür aus, den Ratifikationsprozess wie geplant

fortzusetzen. Es sei wichtig, dass alle Staaten sich zur Verfassung äußern könnten. Der Europäische Rat könne jedoch nicht so tun, als sei nichts geschehen. Man müsse gründlich über die Zukunft der EU nachdenken und die großen Projekte wie den europäischen Haushalt und die europäische Wirtschaftspolitik gründlich diskutieren.

In Belgien nahm der Senat am 28. April 2005 mit großer Mehrheit die Verfassung an (54 Ja-Stimmen, neun Nein-Stimmen, eine Enthaltung). Auch die zweite Kammer, das Abgeordnetenhaus, sprach sich am 19. Mai 2005 deutlich für eine Annahme des Vertrages aus (118 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen, eine Enthaltung).

Von den drei Regionalparlamenten hat als erstes auch das Regionalparlament Flanderns den Vertrag ratifiziert. Die übrigen beiden Regionalparlamente wie auch die Parlamente der Frankophonen und Deutschsprachigen Gemeinschaft stehen noch aus.

Mit Ausnahme des rechtsextremen Vlaams Belang befürworteten alle Parteien den Verfassungsvertrag. Die oppositionellen flämischen Christdemokraten CD&V betonten in der Debatte, die Regierungen Europas hätten es allgemein an Engagement für die Verfassung vermissen lassen. Der Vertrag von Nizza, der weiterhin anwendbar sei, falls die Verfassungsratifizierung scheitere, reiche als Grundlage in einer erweiterten Union nicht aus.

Dänemark (obligatorisches, bindendes Referendum)

Entgegen erster Reaktionen auf das französische „Nein“ hat die Regierung in Dänemark die Entscheidung über ein Referendum nun verschoben. Ministerpräsident Fogh Rasmussen hatte zunächst angekündigt, der Ratifikationsprozess werde in Dänemark auch im Falle einer Ablehnung in den Niederlanden wie geplant durchgeführt. Nun erklärte Rasmussen jedoch, seiner Meinung nach müssten die Dänen immer noch die Möglichkeit bekommen, ihre Meinung zu dem Vertrag zu äußern. Jedoch setze dies voraus, dass klar definiert sei, worüber die Dänen abstimmen könnten. Ob das für den 27. September 2005 geplante Referendum nun stattfindet, werde die Regierung erst nach dem Gipfel in Brüssel entscheiden.

Im November letzten Jahres hatten sich die fünf stärksten Parteien des Landes auf einen „nationalen Kompromiss“ geeinigt, der die Ratifizierung per Referendum empfahl. Um auch die die Opposition führenden Sozialisten zu überzeugen, versicherten die übrigen Parteien, dass Dänemark trotz der durch die EU-Verfassung vorgesehenen Ausdehnung des Mehrheitsrecht ein Vetorecht hinsichtlich Sozial-, Arbeitsmarkt- und Besteuerungsfragen behält. Verfassungsgegner im Parlament sind die extrem rechte Dänische Volkspartei und die vormals kommunistische Rot-grüne Einheitsliste. Rasmussen hatte nach seinem Wahlsieg am 8. Februar 2005 angekündigt die Volksbefragung bald durchzuführen.

Die europapolitischen Referenden in Dänemark über den Vertrag von Maastricht und auch den Beitritt zum Euro wurden bisher jeweils im ersten Anlauf negativ beschieden.

Deutschland (parlamentarische Ratifizierung)

In Deutschland haben sowohl Regierungs- als auch Oppositionspolitiker den Ausgang des französischen und niederländischen Referendums bedauert und gleichzeitig dazu aufgerufen den Ratifikationsprozess fortzusetzen. Bundeskanzler Schröder erklärte, das „Nein“ in Frankreich und den Niederlanden sei ein Rückschlag für den

Verfassungsgebungsprozess, aber nicht sein Ende. Die Ratifizierung in den übrigen Mitgliedstaaten müsse weitergehen. Jedes Mitglied habe das Recht und die Pflicht, sein eigenes Votum abzugeben, so der Regierungssprecher.

Nach einem Treffen mit dem französischen Präsidenten Chirac kündigte Schröder zudem an, Zugeständnisse bei der EU-Finanzierung machen zu wollen. Nationale Egoisten, so ein Regierungssprecher, dürften nun keine Rolle mehr spielen.

Angela Merkel, CDU-Kanzlerkandidatin, erklärte, der europäische Integrationsprozess stehe nach den beiden gescheiterten Ratifikationsversuchen in Frankreich und den Niederlanden vor einer äußerst schwierigen Herausforderung. Das Votum habe die Entfremdung zwischen den Menschen und Europa gezeigt. Die Ängste und Sorgen der Bürger müssten ernst genommen werden. „Wenn wir die Europäische Union überdehnen und das Übermaß an Bürokratie nicht abbauen, wird uns das nur schwer gelingen“, so die Kanzlerkandidatin. Besonders im Hinblick auf Beitrittsverhandlungen mit der Türkei forderte Merkel deshalb eindringlich dazu auf, die Grenzen in Europa klar abzustecken.

In Deutschland ist das parlamentarische Ratifizierungsverfahren abgeschlossen. Der deutsche Bundestag nahm am 12. Mai 2005 die EU-Verfassung mit der überwältigenden Mehrheit von über 95% an. 569 Abgeordnete hatten sich für eine Annahme, 23 dagegen ausgesprochen. Zwei enthielten sich der Stimme. 20 Parlamentarier aus den Reihen der CDU/CSU-Fraktion hatten das Vertragswerk abgelehnt, ebenso wie zwei Abgeordnete der PDS und ein unabhängiger Parlamentarier. Der Bundesrat hatte der Annahme der Verfassung am 27. Mai 05 mit einer Enthaltung zugestimmt. Die SPD/PDS-Regierung Mecklenburg-Vorpommerns enthielt sich der Stimme, um eine Koalitionskrise zu vermeiden.

Allerdings ist derzeit noch unklar, wann Bundespräsident Köhler die Ratifikationsurkunde unterzeichnen wird, da der CSU-Abgeordnete Peter Gauweiler unmittelbar nach der Abstimmung im Bundesrat eine Verfassungsbeschwerde gegen die Ratifizierung einlegte. Er hält ein Referendum in dieser Frage für notwendig. Sein erster Versuch im Rahmen einer von ihm erhobenen Organklage war zunächst gescheitert.

Auch FDP-Parteichef Guido Westerwelle hat sich nach den beiden Referenden in Frankreich und den Niederlanden erneut für eine Volksabstimmung ausgesprochen. Eine rein parlamentarische Ratifizierung sei nicht ausreichend. Die von den Freien Demokraten (FDP) und der PDS favorisierte Idee einer Volksabstimmung hatte nur zwischenzeitlich positiven Widerhall bei der Rot-Grünen Bundesregierung gefunden. Nachdem sich die CDU seit Beginn der Debatte gegen eine Referendum positioniert hatte, stellte sich seit Februar die Christlich Sozialen Union (CSU) klar an die Seite der Schwesterpartei.

Estland (parlamentarische Ratifizierung)

Premierminister Andrus Ansip hatte in Folge der gescheiterten französischen Ratifikation erklärt, der Ratifikationsprozess müsse unabhängig vom französischen Ergebnis fortgesetzt werden. Die Verfassung sei gut für Estland und gut für Europa. Auch nach dem niederländischen „Nein“ ließ die Regierung erklären, sie bleibe bei ihrer Absicht, mit dem Ratifikationsprozess in Estland wie geplant fortzufahren.

In Estland war lange debattiert worden, ob die Ratifizierung der EU-Verfassung auch mit einem Referendum verbunden werden sollte. Strittig war dabei, inwieweit die EU-Verfassung als Eingriff in die Landesverfassung interpretiert werden kann und die

Ratifizierung somit ein Referendum mit einschließen sollte. Am 05. Mai 05 kündigte Premierminister Ansip an, die Verfassung dem Parlament zur Ratifikation zu übergeben und beendete damit die Diskussionen. Geplant ist eine Ratifizierung noch vor der Sommerpause. Die estnische Regierung hat bereits eine Medienkampagne zur Information der Bevölkerung über die Verfassung gestartet und dabei auf finanzielle Unterstützung durch die Kommission offiziell verzichtet.

Mehr als ein Drittel der Esten gab im März 2005 an, noch nie etwas von der europäischen Verfassung gehört zu haben. 42% der Befragten befanden, eine europäische Verfassung sei gut für Estland. Ende 2003 hatten 67% der Esten für den Beitritt ihres Landes zur EU gestimmt.

Finnland (parlamentarische Ratifizierung)

Auch in Finnland hat man sich nach der Ablehnung in Frankreich für eine Fortsetzung des Ratifikationsprozesses ausgesprochen. Premierminister Matti Vanhanen erklärte, die Regierung halte an der für den Herbst geplanten Abstimmung im Parlament fest.

Die Regierung hatte sich für eine Ratifizierung ohne Volksabstimmung ausgesprochen. Die konservative Kokoomus wie auch die Opposition aus Grünen, Linken und Nationalen setzten sich für eine Volksabstimmung ein. Eine „EU Informationskampagne“ wurde von der Regierung Mitte Februar eingeleitet.

Finnland wird in der zweiten Jahreshälfte 2006 die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen. Mit deren Ende hätte die EU-Verfassung von allen Staaten ratifiziert sein müssen, um zum 01.01.2007 in Kraft treten zu können.

Frankreich (fakultatives, bindendes Referendum)

In Frankreich ist die Ratifikation der Verfassung gescheitert. Am 29.Mai 2005 lehnte eine Mehrheit von 55% der französischen Wähler die Verfassung ab. Nur 45% hatten mit Ja gestimmt. Die Wahlbeteiligung lag bei 70% und damit knapp über der Beteiligung beim Referendum zum Maastricht-Vertrag 1992.

Noch am selben Abend hatte Chirac einen neuen Impuls in der Regierungspolitik angekündigt. Wie erwartet trat dann zwei Tage später Jean-Pierre Raffarin von seinem Posten als Premier zurück. Neuer Regierungschef ist nun der frühere Innenminister Dominique de Villepin. Außerdem ist Nicolas Sarkozy als Staatsminister mit dem Ressort Inneres in die Regierung zurückgekehrt. Neuer Außenminister ist der Chirac Vertraute Philippe Douste-Blazy. Der bisherige Amtsinhaber und ehemaliger Kommissar für Regionalpolitik Michel Barnier musste somit neben Raffarin die Hauptverantwortung für das französische „Nein“ übernehmen.

Auf das negative Votum in den Niederlanden reagierte Chirac mit den Worten, in der Europäischen Union müsse man sich jetzt die Zeit nehmen, um diese, nach dem Nein der Franzosen, zweite Ablehnung in einem der Gründungsländer des Europäischen Aufbaus gründlich zu analysieren. Auf dem EU-Gipfel sollten diese Überlegungen eingeleitet werden.

Er rief nach einem Treffen mit Bundeskanzler Gerhard Schröder auch dazu auf, den Ratifikationsprozess fortzusetzen. Die Bemühungen um die europäische Integration müssten weiter vorangetrieben werden. Die deutsch-französische Zusammenarbeit sei ein entscheidendes Element in diesem Prozess.

Die Ablehnung der französischen Bevölkerung gründete sich hauptsächlich auf eine allgemeine Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik. Die Gegner waren auf Seiten der radikalen Linke – Trotskisten und kommunistischer PCF, der größten Gewerkschaft CGT und bei Teilen der französischen Sozialisten bis zur globalisierungskritischen Organisation Attac – zu finden sowie bei der „souveränistischen“ Rechten der rechtsextremen FN und Teilen der Regierungspartei.

Griechenland (parlamentarische Ratifizierung)

Der griechische Premier Costas Karamanlis erinnerte in seiner Reaktion auf das französische Nein daran, dass die europäische Integration nie ungehindert verlaufen sei. Die EU habe sich trotz Widerspruch und Krisen ihren Weg gebahnt. Der Sprecher des Außenministeriums erklärte, die Bemühungen um den europäischen Integrationsprozess und auch die Ratifizierungsverfahren selbst müssten fortgeführt werden.

Griechenland hatte am 19. April 2005 mit überwältigender Mehrheit als fünfter EU-Staat die Verfassung ratifiziert. Dabei sprachen sich im Parlament 268 der 300 Abgeordneten für das Vertragswerk aus, 17 stimmten dagegen, 15 weitere enthielten sich. Das positive Votum war erwartet worden, nachdem sowohl die regierende konservative Nea Dimokratia (ND) als auch die sozialistische Oppositionspartei PASOK eine Annahme befürwortet hatten. Ablehnung bestand bei der Koalition der progressiven Linken Synaspismos (SYN) und der Kommunistischen Einheitspartei (KKE).

Vor der parlamentarischen Abstimmung hatten alle drei linken Oppositionsparteien einen Vorschlag für ein Referendum eingereicht, dessen Annahme jedoch nicht zustande kam, da die Regierung unter Ministerpräsident Kostas Karamanlis es ablehnte. Die Regierung, seit 2004 im Amt, hat im vergangenen Jahr eine Reihe von Maßnahmen zur Konsolidierung der griechischen Staatsfinanzen verabschiedet und fürchtete wohl eine innenpolitische Instrumentalisierung des Referendums.

Irland (obligatorisches, bindendes Referendum)

Ein irischer Regierungssprecher bedauerte den Ausgang des französischen Referendums, erklärte jedoch auch, dass der Ratifikationsprozess in Irland bis November 2006 abgeschlossen werden solle. Die Regierung sei nach wie vor der festen Auffassung, dass die EU-Verfassung im Interesse Irlands und der EU als Ganzes liege. Aus Reihen der Opposition war hingegen zu hören, es mache keinen Sinn mit der Ratifizierung fortzufahren.

Da die Verhandlungen zum Verfassungsvertrag unter irischer Präsidentschaft zum Erfolg geführt wurden, galt eine Ratifizierung in Irland als wahrscheinlich. Die Regierungsparteien Fianna Fail und Progressive Democrats befürworteten die Verfassung ebenso wie die oppositionelle Labour Partei und die Grünen. Zu den Ablehnern gehören lediglich die Sinn Fein Partei, sowie einige unabhängige Abgeordnete.

Die Ratifizierung schließt neben der Annahme durch das Parlament auch ein obligatorisches bindendes Referendum mit ein, das für Ende 2005 geplant ist. Eine öffentliche Debatte über die Verfassung steht bisher allerdings noch aus.

Noel Treacy, Staatsminister für europäische Angelegenheiten, hatte die Notwendigkeit einer Aufklärungskampagne bereits öffentlich anerkannt und Aktionen der Regierung angekündigt.

Italien (parlamentarische Ratifizierung)

Silvio Berlusconi, italienischer Premierminister, erklärte zur Zukunft des Ratifizierungsprozesses, niemand könne derzeit eine definitive, für alle gültige Antwort geben. Diese werde auf dem Gipfel am 16./17. Juni in Brüssel erfolgen. Der europaskeptische Vize-Premierminister Giulio Tremonti sagte, er glaube, der Verfassungsgebungsprozess sei beendet. Er sehe weder eine technische noch politische Alternative. Man könne zwar mit dem Ratifikationsprozess fortfahren, am Ende fehle mit Frankreich jedoch ein wichtiges Gründungsmitglied.

Italien selbst hatte am 6. April 2005 als erstes Gründungsmitglied der Europäischen Union den europäischen Verfassungsvertrag ratifiziert. Am 25. Januar stimmte das Unterhaus mit einer großen Mehrheit von 436 Stimmen dem Verfassungsvertrag zu, während allein 28 Parlamentarier ihre Ablehnung aussprachen. Die Gegner kamen vor allem aus den Reihen der oppositionellen Kommunisten und der Regierungspartei Lega Nord. Die Zustimmung des Senats, erfolgte dann am 6. April 2005, mit 217 gegen 16 Stimmen.

Lettland (parlamentarische Ratifizierung)

Premierminister Aigars Kalvitis bewertete das „Nein“ in Frankreich und den Niederlanden als eine Protestwahl gegen vergangene Ereignisse wie die Einführung des Euro und die Erweiterung. Präsident Vike-Freiberga trat dafür ein den Ratifikationsprozess fortzuführen. Nur wenn dieser in allen Ländern beendet sei, wüsste die EU wo sie stünde.

In Lettland wurde die Ratifizierung der EU-Verfassung nur kurz nach den beiden negativen Voten in Frankreich und den Niederlanden erfolgreich durchgeführt. Am 02.Juni 2005. stimmten 71 der 100 Abgeordneten des lettischen Parlamentes für die EU-Verfassung. Fünf Parlamentarier stimmten gegen den Vertrag, sechs enthielten sich der Stimme. Die notwendige 2/3-Mehrheit wurde so problemlos erreicht.

Das Parlament hatte den Vorschlag der grünen PCTVL für eine Volksbefragung zurückgewiesen und am 14. Dezember mit der Ratifizierungsdebatte begonnen. Bereits im Januar war der Vertrag dem Parlament zur Ratifikation übergeben, aufgrund zahlreicher Übersetzungsfehler jedoch wieder zurückgezogen worden. Obwohl nur sehr wenige dieser Fehler korrigiert waren, ließ die Regierung am 10.Mai 2005 die Verfassung erneut dem Parlament zukommen. Aus dem Außenministerium war dazu zu hören, diese technischen Fehler veränderten nicht den Inhalt des Vertrages und seien daher zu vernachlässigen.

Aufgrund des überwältigenden Ausgangs des Referendums zum EU-Beitritt geht man von einer positiven Grundstimmung in der Bevölkerung aus.

Litauen (parlamentarische Ratifizierung)

In Litauen hat sich die Regierung nicht klar zur Zukunft des Ratifizierungsprozesses geäußert. Laut Außenminister Antanas Valionis bestehe nach den beiden „Nein“-

Voten die Frage, ob die EU-Verfassung unannehmbare Klausel beinhalte. Die Gemeinschaft müsse nun Lösungen finden ein effektives Funktionieren zu gewährleisten.

Litauen hat als erstes Land den Verfassungsvertrag am 11. November 2004 ratifiziert. Bei vierundachtzig Ja-Stimmen sprachen sich nur vier Parlamentarier dagegen aus, drei enthielten sich. Auf ein Referendum hatte man angesichts der überwältigenden Zustimmung im Parlament verzichtet. Nachdem Staatspräsident Adamkus mit seiner Unterschrift am 19. November 2004 das Votum gebilligt hatte, wurde die Ratifikationsurkunde am 17. Dezember 2004 hinterlegt.

Luxemburg (fakultatives, bindendes Referendum)

Laut Premierminister und derzeitigem Ratspräsident Jean-Claude Juncker soll der Ratifikationsprozess in allen anderen Mitgliedstaaten wie geplant fortgeführt werden. Auch Außenminister Asselborn rief dazu auf, nun Ruhe zu bewahren.

Juncker hat sein Verbleiben im Amt von einem positiven Ausgang des Referendums in Luxemburg abhängig gemacht.

Eine erfolgreiche Ratifizierung galt bisher als sicher, da der Verfassungsvertrag nicht umstritten war. Er wird von allen im Parlament vertretenen Parteien unterstützt. Eine erste Lesung zur Verfassung fand im Parlament am 22. April 2005 statt. Das Referendum mit der Frage „Stimmen Sie für den Vertrag über eine Verfassung für Europa, unterzeichnet in Rom, am 29. Oktober 2004“ soll am 10. Juli 2005 stattfinden. Der Berichtstatter des Gesetzprojekts, CSV-Politiker Paul-Henri Meyers rechnete bisher mit einer Zustimmung von über 60 Prozent der Bevölkerung.

In einer am 01. Juni durchgeführten Umfrage, der letzten vor dem Referendum, befürworteten 46% der Luxemburger die EU-Verfassung. Diese Zahl blieb somit im Vergleich zur Umfrage im Mai unverändert. Andererseits nahm die „Nein“-Front um 6%, auf nunmehr 38% zu. 16% der Befragten waren immer noch unentschieden.

Malta (parlamentarische Ratifizierung)

Lawrence Gonzi, Premierminister, drückte sein Bedauern über das Ergebnis in Frankreich aus. Er erklärte jedoch, dass der Ratifikationsprozess in Malta mit der geplanten Abstimmung im Parlament im Juli 2005 weitergeführt werde.

Der kritische Faktor in Malta ist die Haltung der oppositionellen Labour-Partei (PL), die sich noch nicht zu einem abschließenden Urteil durchgerungen hat. Die Regierung lehnt mit Hinweis auf das im März 2003 durchgeführte Referendum zum EU-Beitritt eine Volksbefragung ab, sodass einer Ratifizierung im Parlament nichts im Wege steht. Da für die Annahme eine einfache Mehrheit genügt, wird die regierende christdemokratische PN jedoch nicht auf die Opposition angewiesen sein.

Niederlande (fakultatives, nicht-bindendes Referendum)

Wie in Frankreich lehnte auch in den Niederlanden eine große Mehrheit der Bevölkerung die EU-Verfassung ab. Im ersten nationalen Referendum in der Geschichte der Niederlande stimmen 62% mit Nein. Nur 38% entschieden sich für das Vertragswerk. Die Wahlbeteiligung lag mit knapp 64% um über zwanzig Prozent höher als bei der Wahl zum Europäischen Parlament im vergangenen Jahr. Mit dem

Ergebnis war nach den Meinungsumfragen und auch dem französischen Votum bereits im Vorfeld gerechnet worden.

Der christdemokratische Ministerpräsident Jan Peter Balkenende hatte sich sehr enttäuscht über den Ausgang des Referendums gezeigt. Er erklärte allerdings auch, das Ergebnis des Referendums sei unmissverständlich. Die Europäische Union müsse dem Rechnung tragen. Trotz des konsultativen Charakters des niederländischen Referendums hat die Regierung erneut bekräftigt, sie sehe sich an das Ergebnis gebunden.

Zur Zukunft der EU-Verfassung waren aus der Regierung nun sehr unterschiedliche Stimmen zu hören. Ministerpräsident Balkenende und der CDA riefen dazu auf, den Ratifizierungsprozess in allen übrigen Mitgliedsländern fortzusetzen, bevor Schlüsse für die Zukunft der Verfassung gezogen würden. Der Fraktionsvorsitzende der VVD Van Aarsten will hingegen nicht weiter an der Verfassung festhalten. Auch Vizeministerpräsident Zalm sprach sich dafür aus, das Kabinett solle die Europäische Verfassung zurückziehen.

Untersucht man die Gründe für die Ablehnung des EU-Vertragswerkes so nennen Wähler an erster Stelle, die hohen finanziellen Beiträge der Niederlande an die EU. Über 60% sind der Meinung, die Niederlande bezahle zu viel an die Union. Weiter sei man mit der EU-Verfassung weniger Herr im eigenen Land, die Niederlande bekämen zu wenig Einfluss in der EU und auch die Angst vor dem eigenen Identitätsverlust wird als wesentlicher Ablehnungsgrund angeführt. Die Gegner des Vertragswerks lehnen laut Untersuchung des Meinungsforschungsinstituts de Hond also nicht die europäische Idee an sich, sondern vielmehr die Integration in den vergangenen Jahren ab. Diese sei zu schnell vorgenommen worden.

Die Kampagne der niederländischen Regierung und der, die Verfassung unterstützenden Parteien hatte den Argumenten der Gegner inhaltlich wenig entgegensetzen. Es gelang vor allem den beiden kleineren Koalitionspartnern (D66 und VDD) und den oppositionellen Sozialdemokraten nicht, die eigenen Wähler zu überzeugen. Darüber hinaus wurde die Kampagne viel zu spät begonnen.

Als Gegnern der Verfassung im Parlament hatten sich vor allem die oppositionellen Sozialisten und die Pim Fortyun Partei, wie auch der unabhängige Abgeordnete Geert Wilders und die ChristenUnie mit ihrem Vorsitzenden André Rouvoet exponiert.

Österreich (parlamentarische Ratifizierung)

In Österreich hat Kanzler Schüssel angekündigt, auf dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs am 16./17. Juni ein EU-weites Referendum über die europäische Verfassung vorzuschlagen. Er hatte schon zuvor mehrfach bedauert, dass kein europaweites Referendum stattfinde. Der FPÖ-Parteivorsitzende Heinz-Christian Strache erklärte, er freue sich über das negative Votum in den Niederlanden. Auch BZÖ-Parteichef Jörg Haider lobte das französische und niederländische „Nein“ als „Revolte gegen Brüsseler Bürokraten“.

In Österreich selbst wurde die EU-Verfassung mittlerweile im parlamentarischen Verfahren ratifiziert. Am 25. Mai 2005 stimmte auch der Bundesrat der EU-Verfassung zu. Von den 62 Mitgliedern sprachen sich nur drei gegen die Verfassung aus. Der österreichische Nationalrat hatte zuvor am 11. Mai 2005 mit nur einer Gegenstimme die EU-Verfassung angenommen. Sowohl die Regierungskoalition aus ÖVP und FPÖ als auch die oppositionellen Sozialdemokraten und Grünen hatten die Verfassung unterstützt. Bundeskanzler Wolfgang Schüssel brachte in seiner Rede vor

dem Plenum auch die Vorbehalte vieler österreichischer Parlamentarier zum Ausdruck, als er betonte, mit der EU-Verfassung habe man einen vorläufigen Höhepunkt erreicht, sei aber noch nicht am Ende des Prozesses angekommen.

Die Gegenstimmen in beiden Kammern kamen aus den Reihen der FPÖ und der neugegründeten BZÖ. Deren Chef, der Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider, hatte vor der Abstimmung im Bundesrat erneut ein Referendum in Österreich gefordert. Er ist, wie auch einige österreichische Verfassungsexperten, der Ansicht, die EU-Verfassung greife wesentlich in die österreichische Bundesverfassung ein. Eine Volksabstimmung war jedoch sowohl von ÖVP als auch von FPÖ abgelehnt worden. Im Nationalrat war daher im Vorfeld ein Gesetz beschlossen worden, nach dem für eine Ratifizierung eine Zwei-Drittel-Mehrheit, aber keine Volksabstimmung nötig war.

Polen (fakultatives, bindendes Referendum)

Staatspräsident Kwasniewski hat angedeutet, den Termin des Referendums in Polen zu verschieben. Er machte den Zeitpunkt von der Entscheidung des Gipfels in Brüssel abhängig. „Wir könnten entscheiden, uns ein paar Monate zu geben und uns wieder zu treffen, wenn wir besser vorbereitet sind“, so Kwasniewski. Er fügte hinzu, eine fehlende Entscheidung sei auch eine Entscheidung. Noch einen Tag zuvor hatte der Präsident erklärt, Polen sei eine zu große und wichtige Nation in Europa, als dass es nicht selbst eine Entscheidung über die europäische Verfassung treffen müsse. Auch Außenminister Jan Trzuszczynski sagte laut polnischer Nachrichtenagentur PAP, am Verfassungsvertrag müsse festgehalten werden.

In Polen gab es bisher noch kein offizielles Datum für ein Referendum. Der Zeitpunkt ist innenpolitisch umstritten: Während die Sozialdemokraten und auch Präsident Kwasniewski favorisieren, das Referendum zeitgleich mit den Präsidentschaftswahlen am 25. September 2005 abzuhalten, lehnten die Oppositionsparteien bisher diesen Termin ab. Sie wollen verhindern, dass die Sozialdemokraten aus dem Referendum innenpolitisch Kapital schlagen und setzen sich daher für einen möglichst späten Termin ein.

Neben Kwasniewski befürworten auch die von den Sozialisten tolerierte sozialdemokratische Regierung unter Marek Belka die Annahme der Verfassung. Sowohl die rechtsgerichtete „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) als auch die populistische, agrarische „Selbstverteidigung“ (SO) und die ultra-konservative „Liga der polnischen Familien“ (LPR) lehnen die EU-Verfassung hingegen ab. Die größte Oppositionspartei, die liberal-konservative Bürgerplattform (PO) hat sich in letzter Zeit von einer kritischen Haltung, wie sie auch die polnische Bauernpartei (PSL) vertritt, eher hin zu einer neutralen Position bewegt. In einer außenpolitischen Grundsatzrede bei einer Veranstaltung des Zentrums für Internationale Beziehungen und der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen Mitte Februar hatte Jan Rokita, Fraktionsvorsitzender der Bürgerplattform, jedoch kritisiert, der Verfassungsvertrag gebe keine Antwort auf Europas fundamentale Herausforderungen.

Um Gültigkeit zu erlangen, bedarf das Referendum einer Beteiligung von 50%. Dieses hohe Quorum erscheint vor dem Hintergrund besonders kritisch, als die Wahlbeteiligung bei den letzten Europawahlen mit 20,87% in Europa den zweitniedrigsten Wert erreichte. Auch aus diesem Grund erscheint den Befürwortern eine Verknüpfung mit den Präsidentschaftswahlen sinnvoll.

Eine kürzlich durchgeführte Umfrage zeigt, dass die Zustimmung zur EU-Verfassung in Polen rapide gefallen ist. So sank die Zahl der Befürworter seit den Referenden in Frankreich und den Niederlanden um ganze 14% auf nunmehr 40%. Die Zahl der Gegner stieg von 19% auf 35% an. 25% waren noch unentschieden.

Portugal (fakultatives, bindendes Referendum)

In Portugal erklärte Premierminister José Sócrates, er sei weiter entschlossen das Referendum in Portugal ungeachtet der Ergebnisse in Frankreich und den Niederlanden durchzuführen. Außenminister Diogo Freitas do Amaral sagte jedoch nur, es sei grundsätzlich nicht geplant, das Referendum in Portugal abzusagen. Eine endgültige Entscheidung wird wohl auch in Portugal erst nach dem Gipfel in Brüssel gefällt werden.

Der regierende Partido Socialista (PS) mit Ministerpräsident José Sócrates, der einer Volksabstimmung zunächst kritisch gegenübergestanden war, drängt darauf, das Referendum aus organisatorischen und finanziellen Gründen im Oktober 2005 zeitgleich mit den Kommunalwahlen am 09. Oktober 2005 abzuhalten.

Die portugiesische Verfassung steht diesem Plan derzeit jedoch entgegen. Demnach müssen mindestens drei Monate zwischen Wahlen und einem Referendum liegen, was einen Termin noch im Jahr 2005 angesichts der Lokalwahlen im Herbst und der Präsidentschaftswahl im Januar 2006 nahezu unmöglich macht. Die Verfassung sieht zudem bislang kein Referendum über internationale Abkommen vor. Zwar befürworteten alle Parlamentsparteien ein Referendum zum EU-Vertragswerk, doch bedarf es zu einer Änderung dieser Regelungen einer Zwei-Drittel-Mehrheit. Diese erscheint jedoch momentan angesichts des schwierigen Verhältnisses zwischen Regierung und dem oppositionellen bürgerlichen Partido Social Democrata (PSD) schwierig zu erreichen.

Damit ein Referendum in Portugal bindende Kraft hat, müssen laut Verfassung mindestens 50% der Wahlberechtigten zu den Urnen gehen.

Schweden (parlamentarische Ratifizierung)

Schwedens Ministerpräsident Göran Persson hatte bereits das Ergebnis in Frankreich als „einen ernsthaften Rückschlag für die europäische Zusammenarbeit“ bezeichnet. Persson verlangte von Frankreich und den Niederlanden, noch vor dem Gipfel des Europäischen Rates erkennen zu geben, ob sie Neuverhandlungen wünschten. Es wäre völlig sinnlos, Stellung zu etwas zu beziehen, das andere längst abgehakt hätten, so der Ministerpräsident in einem Interview am 03. Juni 2005.

Das Meinungsbild war auch in Schweden selbst noch nicht abgeschlossen. Ende April hat der schwedische Riksdag mit einer Debatte über die EU-Verfassung begonnen. Die Regierung möchte diese bis spätestens Ende 2005 ratifizieren. Die Abstimmung im Parlament soll im Dezember 2005 stattfinden. Die dortige Ratifizierung ist, da Neuwahlen erst für das Jahr 2006 anstehen sehr wahrscheinlich.

Ein Referendum lehnt die Regierung ab und konnte dabei bisher auf die Unterstützung der Mehrheit des Parlamentes zählen. Nur die Grünen (Miljöpartiet de Gröna) und die linke Vänsterpartiet sprachen sich dafür aus, haben damit aber eine große Mehrheit der Bevölkerung hinter sich. Laut Umfragen der schwedischen Zeitung Aftonbladet wollen 65% ein Referendum über die EU-Verfassung abhalten. So ist die öffentliche Debatte

um die Art der Ratifizierung neu entflammt und der Druck auf die Regierung ihre Haltung zu einem Referendum zu überdenken gewachsen.

Die Werte für eine Unterstützung der EU-Verfassung waren in der schwedischen Bevölkerung äußerst gering: Nur 27% der Schweden befürworteten die europäische Verfassung, 25% lehnen sie ab und 48% waren noch unentschieden (Eurobarometerstudie vom Januar 2005). Die Schweden hatten zudem im September 2003 die Einführung des Euro mehrheitlich abgelehnt.

Slowakei (parlamentarische Ratifizierung)

In der Slowakei äußerte sich Premierminister Mikulas Dzurinda enttäuscht über das Ergebnis der Referenden. Es sei notwendig den Ratifikationsprozess in jedem einzelnen Mitgliedsland weiterzuführen. Darüber hinaus forderte er diejenigen Mitgliedstaaten, in denen eine Ratifizierung im ersten Anlauf gescheitert sei auf, dafür Sorge zu tragen, dass eine Ratifizierung beim zweiten Mal erfolgreich sei.

Das slowakische Parlament nahm die Verfassung am 11. Mai 2005 mit 116 zu 27 Stimmen an. Vier Abgeordnete enthielten sich. Damit wurde ohne Schwierigkeiten die notwendige Mehrheit von 60% erreicht. Die regierende Slowakische Demokratische und Christliche Union (SDKU) erklärte, der Vertrag sei ein wichtiges Dokument, das zur positiven Entwicklung der EU beitrage. Zwar hatten auch Präsident Gasparovic und Außenminister Eduard Kukan einige „problematische Punkte“ der Verfassung bemängelt. Sie traten jedoch deutlich für eine Annahme ein. Im Parlament hatte sich zuvor besonders Pavol Hrusovsky, Parlamentspräsident und Vorsitzender der konservativen KDH (Christlich Demokratische Bewegung) als Kritiker der Verfassung exponiert. Die KDH, die mit ihrer Forderung nach einem Referendum gescheitert war, bemängelte, die Verfassung schwäche die Kompetenzen des nationalen Gesetzgebers und verkompliziere die Beziehungen zwischen den einzelnen EU-Mitgliedstaaten. Von Beginn an hatte sie zudem kritisiert, die Präambel des Vertrages lasse die christlichen europäischen Wurzeln unerwähnt. In der parlamentarischen Opposition lehnten die Slowakischen Kommunisten (KSS) die EU-Verfassung ab.

Slowenien (parlamentarische Ratifizierung)

Laut dem slowenischen Premierminister Jansa habe sich mit den Ergebnissen in Frankreich und den Niederlanden gezeigt, dass eine große Lücke zwischen den politischen Eliten, welche die Verfassung unterstützten und den Bürgern klaffe. Diese Lücke müsse als Herausforderung sehr ernst genommen werden. Der Ratifikationsprozess müsse weitergeführt werden, so der Premier.

Slowenien hat am 1. Februar als drittes Mitgliedsland die EU-Verfassung ratifiziert. 79 Abgeordnete gaben dem Vertragswerk ihre Stimme, vier lehnten es ab und sieben enthielten sich. Politiker der Regierungskoalition haben angekündigt, die Zeit bis zum Inkrafttreten des Vertrages zu nutzen, um die Bevölkerung besser über die Inhalte der Verfassung aufzuklären.

Spanien (fakultatives, nicht bindendes Referendum)

Die spanische Regierung rief ebenfalls dazu auf, den Ratifikationsprozess fortzusetzen.

Man respektiere nicht nur das französische „Nein“, sondern auch das „Ja“ Italiens, Deutschlands, Ungarns, Sloweniens und Griechenlands, so der für Europafragen zuständige Staatssekretär Alberto Navarro. Auch Außenminister Angel Moratinos erklärte, allen Mitgliedstaaten müsse die Möglichkeit gegeben werden, sich zur EU-Verfassung zu äußern.

In Spanien ist der Ratifizierungsprozess bereits erfolgreich abgeschlossen. Als erstes Land in Europa hatte Spanien am 20. Februar 2005 ein Referendum über den europäischen Verfassungsvertrag durchgeführt. Dabei stimmten 77% der Wähler für und 17% gegen die EU-Verfassung. In der Abgeordnetenkammer wurde das Vertragswerk am 28. April mit großer Mehrheit von 311 zu 19 Stimmen angenommen. Auch der Senat billigte die EU-Verfassung am 18. Mai 2005 mit einem deutlichen Votum (225 Ja, sechs Nein, eine Enthaltung). Die spanische Regierung unter José Luis Zapatero gehörte mit zu den größten Befürwortern einer raschen Ratifizierung des europäischen Verfassungsvertrages. Auch der Partido Popular (PP) sprach sich für eine Ratifizierung und Annahme der Verfassung aus, ebenso wie die Christdemokraten aus Katalonien (UDC) und die baskischen Nationalisten (PNV).

Zapatero hatte das Wahlergebnis des Referendums als „großen Tag für alle Europäer“ interpretiert.

Die Opposition wertete die Volksabstimmung aufgrund der geringen Wahlbeteiligung von unter 43% der Wahlberechtigten jedoch als einen Fehlschlag. Tatsächlich war die Wahlbeteiligung bei der Volksabstimmung niedriger als bei der Europawahl im Juni 2004 (45%). Die geringe Teilnahme an den Wahlen lässt sich auch auf die allgemeine Unwissenheit der Bevölkerung über Bedeutung und Inhalt des Verfassungstextes zurückführen. Dass sich nach einer Studie Ende März 2005 drei Viertel der jungen Wähler nicht an der Wahl beteiligt haben, wird mit dem gleichen Faktor begründet. Als weiterer Indikator für die geringe Wahlbeteiligung und relativ hohe Ablehnung in manchen Regionen Spaniens kann die Verweigerung von Teilen der PP-Wählerschaft zur Zapatero-Regierung gesehen werden.

Tschechien (parlamentarische Ratifizierung oder Referendum)

Der sozialdemokratische Ministerpräsident Jirí Paroubek hat erklärt, er sei entschlossen, den Ratifizierungsprozess in Tschechien trotz der Ankündigung Tony Blairs das Referendum in Großbritannien zu verschieben, weiter zu führen. Er erkannte jedoch an, dass das französische und niederländische Referendum, wie auch die Entscheidung Blairs, die Situation für die tschechische Regierung verkompliziere. Die Opposition sieht sich nun in ihrer negativen Haltung zur Verfassung bestärkt. Der Präsident der Republik und frühere Vorsitzende der ODS, Václav Klaus, reagierte daher auch erfreut auf das französische und niederländische „Nein“ zur EU-Verfassung. Es sei nun überflüssig, den Ratifizierungsprozess fortzusetzen. Auch Oppositionsführer Topolanek und andere Politiker der größten Oppositionspartei ODS äußerten sich in diesem Sinne.

Tschechien gehört zu den kritischen Ländern. Paroubek hatte in einer Regierungserklärung am 13. Mai 2005 die Ratifizierung der EU-Verfassung als wichtigstes Ziel bezeichnet. Die Regierung sieht sich in der proeuropäischen Tradition der Vorgängerregierungen Spidla und Gross. Die ODS sprach sich hingegen bereits auf ihrem Parteitag Ende November 2004 gegen die Verfassung aus. Die Kommunisten bekämpfen die Verfassung vehement. Eine parlamentarische

Ratifizierung wäre aufgrund der notwendigen Dreifünftelmehrheit daher nahezu ausgeschlossen.

Die sozialdemokratische CSSD unterstützt wie auch alle übrigen im Parlament vertretenen Parteien ein Referendum zur EU-Verfassung. Sie ist inzwischen der Opposition in dieser Frage entgegengekommen: So erklärte Paroubek, die Sozialdemokraten würden nicht weiter auf einem allgemeinen Volksabstimmungsgesetz beharren, sondern den Vorschlag der ODS unterstützen, nur ein Referendum zur EU-Verfassung abzuhalten. Der Zeitpunkt des Volksabstimmung ist jedoch strittig. Die Sozialdemokraten halten daran fest das Referendum aus Kostengründen zusammen mit den Parlamentswahlen im Juni 2006 abzuhalten. Die ODS befürchtet jedoch, die Regierung könnte die Referendumskampagne und die damit verbundenen Mittel für ihren eigenen Wahlkampf instrumentalisieren.

Im April, also noch vor den beiden Referenden in Frankreich und den Niederlanden war auch in Tschechien die Anzahl der Gegner gestiegen (von 21 auf 26%). 58% der Befragten befürworteten die Verfassung. 15% waren unentschieden.

Ungarn (parlamentarische Ratifizierung)

Der ungarische Premierminister Gyurcsany rief dazu auf, die Situation nun in Ruhe zu analysieren. Die Funktionsfähigkeit der Union sei durch die zugrundeliegenden Verträge garantiert. Außenminister Somogyi rief dazu auf, nun Handlungsfähigkeit zu demonstrieren und so die entstandene negative Stimmung zu entschärfen. Dazu solle in den Grundsatzfragen, wie auch dem EU-Haushalt, ein politischer Konsens erreicht werden.

Ungarn hatte als zweiter Mitgliedsstaat dem Verfassungsvertrag zugestimmt. Am 20. Dezember 2004 votierten 322 Abgeordnete für die Verfassung, 12 stimmten dagegen, acht enthielten sich. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde demnach ohne Probleme erreicht. Der ehemalige Premierminister Péter Medgyessy engagierte sich auf Anfrage des französischen Präsidenten Chirac auch in Frankreich für eine Annahme der Verfassung.

Vereinigtes Königreich (fakultatives, bindendes Referendum)

In Großbritannien hat sich die Regierung Blair dazu entschlossen, das ursprünglich für März 2006 geplante Referendum im eigenen Land vorerst auf Eis zu legen. Der britische Außenminister Jack Straw sagte in seiner Erklärung vor dem Unterhaus, nach dem „Nein“ der Franzosen und Niederländer sei es nicht vernünftig, mit dem Ratifikationsprozess im Parlament fortzufahren. Es müssten auch noch weitere Gespräche mit den EU-Partnern geführt werden. Er betonte ausdrücklich, es stehe Großbritannien nicht zu, allein über die Zukunft des Vertrages zu entscheiden. Die Regierung behalte sich ausdrücklich das Recht vor, den Gesetzentwurf, der ein britisches Referendum vorsieht, erneut zur Beratung vorzulegen, wenn sich die Umstände ändern. Derzeit sehe er jedoch keinen Zweck damit weiterzumachen. Straw erklärte darüber hinaus, bestimmte Klauseln der Verfassung könnten auch ohne den Weg einer Ratifikation implementiert werden.

Tony Blair hatte bereits unmittelbar nach dem französischen Referendum eine Periode des Nachdenkens gefordert: „Hinter alledem steht die grundlegende Frage über die Zukunft Europas und insbesondere über die europäische Wirtschaft, und wie wir mit aktuellen Fragen der Globalisierung in Europa fertig werden.“ Die Staats- und

Regierungschefs müssten sich den grundlegenden Ängsten ihrer Bürger zuwenden. Jack Straw kündigte vor dem Unterhaus daher auch erneut an, man werde sich in der kommenden Ratspräsidentschaft hauptsächlich auf die europäische Wirtschaft konzentrieren.

Die Regierung Blair wurde bei den Unterhauswahlen am 05. Mai 2005 trotz Stimmenverlusten zum dritten Mal mit absoluter Mehrheit wiedergewählt. Nach den Wahlen und dem auch darin deutlichen gewordenen Denkwort der Briten für Tony Blair, wurde das Referendum über die EU-Verfassung in den Diskussionen zunehmend mit seiner Person verbunden. Auch wurde über einen frühzeitigen Wechsel im Amt des Premierministers spekuliert.

Die britischen Konservativen, die nur 0,6% Stimmenanteile hinzugewannen sprechen sich in ihrer Mehrheit gegen den Verfassungsvertrag aus. Der „Schatten-Europaminister“ der britischen Konservativen, John Redwood, hatte Ende März 2005 in einer Rede verlauten lassen, dass die Konservativen im Falle eines Wahlsieges möglicherweise bereits bestehende Verträge mit der Europäischen Union „rückgängig“ machen würden und hatte dabei auch den Austritt Großbritanniens aus der EU nicht ausgeschlossen.

Die United Kingdom Independent Party, mit 12 Abgeordneten auch im Europäischen Parlament vertreten und ausgewiesene Anti-Europa-Partei, konnte bei den Unterhauswahlen immerhin 0,9% Zugewinne und damit mehr als die Konservativen verzeichnen. Die Liberaldemokraten, die mit 3,7 % deutlich hinzugewannen, gelten hingegen als EU-freundlich.

Laut einer Umfrage Anfang Juni liegt der Anteil der Verfassungsgegner in Großbritannien bei 57%, während nur 30% die Verfassung befürworten.

Zypern (parlamentarische Ratifizierung)

Der zyprische Präsident Papadopoulos erklärte, er respektiere das Ergebnis der Referenden voll und ganz. Zur Zukunft des Ratifikationsprozesses äußerte er sich nicht explizit. Die Regierung werde mit ihren Partnern nun Konsultationen durchführen und die nächsten Schritte abwägen.

Die Ratifizierung des Verfassungsvertrages in Zypern ist hingegen unproblematisch, da alle Parteien, bis auf die linke AKEL, den Verfassungsvertrag befürworten. Die politische Klasse lehnt ein Referendum, für das es keine Rechtsgrundlage gibt, ab. Das Parlament hatte die ursprünglich für Ende Mai geplante Ratifizierung im Parlament auf Ende Juni 2005 verschoben.

Nachdem die EU-Verfassung und ihre Inhalte auch in Zypern der Bevölkerung weitestgehend unbekannt sind, hat das zyperngriechische Informationsministerium nun eine zweimonatige Werbe- und Aufklärungskampagne gestartet.

3. Die europäischen Institutionen

Nach dem französischen und niederländischen „Nein“ zum europäischen Verfassungsvertrag bemühte man sich zunächst den Eindruck zu vermeiden, die EU-Verfassung sei nun endgültig gescheitert. Inzwischen sind aber auch in Brüssel unterschiedliche Aussagen zur Zukunft des europäischen Vertragswerkes und des Ratifizierungsprozesses zu hören. Allgemein stimmt man darin überein, dass in den beiden Referenden, die Kluft zwischen europäischer Politik und den europäischen Bürgern zum Ausdruck gekommen sei.

In einer gemeinsamen Erklärung nach dem Ergebnis des Referendums in Frankreich sprachen sich Parlamentspräsident Josep Borrell, Kommissionspräsident José Manuel Barroso und EU-Ratspräsident Jean-Claude Juncker dafür aus, den Prozess der Verfassungsratifizierung weiter zu führen. Sie forderten nun eine ausführliche Analyse. Sie erinnerten auch daran, dass die Verfassung bereits in (zu diesem Zeitpunkt) neun Mitgliedstaaten, die gleichzeitig fast die Hälfte (49%) der europäischen Bevölkerung darstellten, ratifiziert sei und dass die Mehrheit der Staaten bisher noch nicht die Gelegenheit zur Ratifikation gehabt habe. Europa habe auch in der Vergangenheit schon öfter schwierige Momente erlebt und sei daraus bisher immer gestärkt hervorgegangen.

Um bis zum Gipfel die Entscheidung über die Zukunft der Verfassung möglichst offen zu halten, hatte Kommissionspräsident Barroso die Mitgliedstaaten nach dem Votum in den Niederlanden dazu aufgerufen, von unilateralen Initiativen abzusehen. Da es keine bürokratische oder technokratische Lösung gebe, müsse nun damit begonnen werden, die Voraussetzungen für einen politischen Konsens zu schaffen. Es wäre nun falsch so zu tun, als sei nichts passiert, aber auch falsch, die Verfassungsratifizierung sofort aufzugeben. Die Ergebnisse der Referenden spiegelten die Unzufriedenheit mit der Union und der europäischen Konstruktion wieder. Europäische und nationale Politiker müssten besser erklären, was wirklich auf dem Spiel stünde und zu welchen Problemen nur Europa eine Antwort liefern könne. Außerdem so Barroso, müssten Politiker den Bürgern besser zuhören und sie stärker einbinden. Schon in der Folge des französischen Neins hatte Barroso darüber hinaus erklärt, er glaube nicht an eine Neuverhandlung des Verfassungsvertrages.

Auch Jean-Claude Juncker, bis Ende Juni noch EU-Ratspräsident, ist bemüht die Diskussionen im Vorfeld des Gipfels einzudämmen. Er ist der Auffassung, die Ratifizierung müsse weitergeführt werden und betonte auch nach der Ankündigung Tony Blairs, die Ratifizierung in Großbritannien vorerst auszusetzen, die EU-Verfassung sei „noch nicht tot“. Auch gegen Neuverhandlungen hat sich Juncker explizit ausgesprochen. Er rief die Staats- und Regierungschefs eindringlich dazu auf, die Verhandlungen des EU-Budgets zum Erfolg zu führen, um damit ein positives Zeichen zu setzen. Auch Luxemburgs stellvertretender Außenminister Nicolas Schmitt warnte in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament eindringlich vor einem Scheitern der Verhandlungen über den europäischen Haushalt. Europa müsse nun beweisen, dass es seine Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit bewahrt habe.

Im Europäischen Parlament ist man sich uneinig über die Zukunft des Ratifizierungsprozesses. Eine Debatte am 08. Juni in Straßburg zeigte vor allem die Ratlosigkeit vieler Parlamentarier über das weitere Vorgehen.

Hans-Gert Pöttering, Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion, schlug vor, die Ratifizierungen für eine begrenzte Zeit auszusetzen, „damit nach einer Denkpause die richtige Lösung gefunden werden kann.“ Er zeigte sich enttäuscht über die Voten in Frankreich und den Niederlanden. Pöttering in seiner Rede weiter, beide Staaten seien wichtig, könnten aber nicht die Verantwortung für 25 Mitgliedstaaten übernehmen. Staaten mit einer Gesamtbevölkerung von 220 Millionen Bürgern hätten die EU-Verfassung bereits ratifiziert. Ihre Stimmen könnten nicht einfach beiseite gelassen werden. Es gebe daher keine sofortige Lösung. Es habe viele Gründe für „Nein“-Stimmen gegeben, unter anderem mangelnde Unterstützung durch nationale Politiker. Pöttering erklärte weiter, viele Bürger hätten den Einruck, die Erweiterung sei zu schnell vorgenommen worden. Dem müsse Rechnung getragen werden. In diesem Zusammenhang rief er die Kommission auch dazu auf, einen ehrlichen Bericht über die Fortschritte in Bulgarien und Rumänien vorzulegen und erinnerte das Parlament auch daran, dass Entscheidungen des Europäischen Rates noch ausstünden, ob die Türkei die Kriterien für einen Beginn der Verhandlungen erfüllt habe.

In der Sozialdemokratischen Fraktion war man der Auffassung, der Ratifizierungsprozess müsse weitergeführt werden. „Die 77% der Spanierinnen und Spanier, die zu dieser Verfassung ja gesagt haben, haben den gleichen Wert wie die 55% der Franzosen und Französinen, die nein gesagt haben“, so Martin Schulz, Vorsitzender der PSE-Fraktion. Er merkte darüber hinaus an, dass die steigende Tendenz einer Abwendung der Bürger in Europa von dem Projekt Europa vom Europäischen Parlament wie auch der Kommission nicht früh genug erkannt worden sei. Schulz kritisierte jedoch auch die nationalen Regierungen. Man könne nicht jeden Erfolg für sich als nationale Regierung reklamieren, jeden Misserfolg „denen da in Brüssel“ in die Schuhe schieben und erwarten, dass die Menschen anschließend über Brüssel jubilierten. Zur Erweiterungsdiskussion merkte er an, die Erweiterungsperspektive müsse bleiben. Wer diese Perspektive für die Staaten, die auf sie hofften, aufgabe, der spiele mit dem Feuer.

Die ALDE-Fraktion spricht sich wie auch die EVP-ED-Fraktion für eine Aussetzung des Ratifizierungsverfahrens aus. Graham Watson, Vorsitzender der Fraktion, forderte Chirac und Balkenende dazu auf, auf dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs eine klare Antwort auf die Frage zu geben, ob die EU-Verfassung in diesen beiden Staaten jemals ratifiziert werden könne. Er bedauerte, dass es kein europaweites, zeitgleich durchgeführtes Referendum gegeben habe. Die Ergebnisse in Frankreich und den Niederlanden zeigten, dass man darin versagt habe, den Bürgern europäische Politik zu erklären und ihren Ängsten um Arbeitsplätze und sichere Renten in einer sich schnell ändernden Welt entgegenzutreten.

Das Europäische Parlament hatte am 12. Januar 2005 mit 500 Ja-Stimmen zu 137 Nein-Stimmen und 40 Enthaltungen den Verfassungsvertrag gebilligt und rückhaltlos dessen Ratifizierung befürwortet. Nein-Stimmen kamen überwiegend aus der „Konföderalen Fraktion der Vereinigten Linken/Nordische Grüne Linke (KVEL/NGL)“, der euroskeptischen Fraktion „Unabhängigkeit und Demokratie (IND/DEM)“, von zahllosen Fraktionslosen und aus den Reihen der 40 Mitglieder umfassenden der ED-Gruppe innerhalb der EVP-ED-Fraktion. Die 228 Mitglieder der EVP stimmten für den Verfassungserntwurf. Fast die gesamte Fraktion der Grünen/EFA gab, trotz der aus ihrer Sicht bestehenden Mängel, dem Entwurf ihre Unterstützung. Die Fraktion der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE), die sich für die Ratifizierung per Referendum einsetzen, sprachen sich bis auf eine

Abgeordnete für den Vertrag aus. Auch bei den Sozialisten (PSE) gab es nur eine einzige Gegenstimme, jedoch zwölf Enthaltungen.

Übereinstimmend hat man in Brüssel neben der Unzufriedenheit über das Tempo der europäischen Integration auch die fehlende frühzeitige Information über die Verfassung als Grund bei den Referenden mit „Nein“ zu stimmen identifiziert.

Eine Eurobarometerstudie vom Januar 2005 zeigte die Abhängigkeit von Zustimmung oder Ablehnung zur Verfassung vom Wissen über den Verfassungstext. Im Durchschnitt der 25 EU-Länder befürworteten 49% der Europäer die europäische Verfassung, 16% lehnen sie ab und 35% waren noch unentschlossen. Bei den Befragten, die über den Verfassungstext informiert waren und Fragen über dessen Inhalt beantworten konnten, lag die Zustimmung im Durchschnitt der EU-Länder bei 60%, die Ablehnung bei 20% und die Unentschlossenheit bei 20%. In der Studie zeigt sich die Tendenz, dass um so mehr Bürger über den tatsächlichen Text wissen, um so positiver der Einführung der Verfassung gegenüber eingestellt sind.

Untersuchungen in Folge des niederländischen Neins haben erneut gezeigt, dass Wähler, die sich gut über die EU-Verfassung informiert fühlten, eher mit Ja gestimmt haben. Neben einem Versagen der nationalen Regierungen und nationalen Kampagnen, scheinen jedoch auch die von den EU-Institutionen selbst eingerichteten Maßnahmen nicht die gewünschte Wirkung gezeigt zu haben.

Um gegen „Euroskepsis“ aufgrund von Fehlinformationen vorzugehen, hatte das Europäische Parlament im Januar eine "Schnelle Eingreifgruppe" einberufen. "Innerhalb von drei Stunden, nachdem eine verfälschende Angabe zum Verfassungsvertrag gemacht wurde, antworten wir mit einer Gegendarstellung", verkündete Jo Leinen, Vorsitzender des Verfassungsausschusses im Europäischen Parlament und Mitglied dieser Eingreifgruppe.

Der Rat der EU hat die niederländische Ratspräsidentschaft (bis zum 31.12.2004) aufgefordert sich mit der Problematik des Desinteresses der europäischen Bürger hinsichtlich der EU-Verfassung zu befassen und effiziente Informationsaktivitäten einzuleiten. Mit der europaweiten Kampagne „Communicating Europe“ soll eine grenzüberschreitende Debatte angeregt werden, um einen Konsens über die gemeinsamen Werte zu erzielen. Die EU-Kommission sollte bis Mitte 2005 eine entsprechende Kommunikationsstrategie vorstellen.

Innerhalb der Europäischen Kommission ist Vizepräsidentin Margot Wallström für die Kommunikationsstrategien der Union verantwortlich. Ihr Auftrag bei der EU-Verfassung ist es jedoch nur, die nationalen Kampagnen auf Anfrage der Mitgliedsstaaten zu unterstützen. Für diese Aufgabe steht ihr ein Budget in Höhe von ungefähr 8 Millionen Euro zur Verfügung. *Wallström hat nach den Referenden angekündigt, sie sehe ihre Aufgabe nun darin, bis Herbst diesen Jahres eine Kommunikationsstrategie zu entwickeln, welche die Möglichkeit biete, die in den Debatten deutlich gewordenen Probleme zu bewältigen.*

4. Anhang:

EU-Verfassungsvertrag: geplante Referenden und Ratifizierungsverfahren

<u>Mitgliedsstaat</u>	<u>Referendum</u>	<u>Art des Ratifizierungsverfahren</u>	<u>Datum</u>
Belgien	nein	- parlamentarische Ratifizierung, nachdem ein konsultatives Referendum im Februar 2005 abgelehnt wurde	voraussichtl. bis Sommer 2005
Dänemark	ja	- obligatorisches, bindendes Referendum	27.09.2005
Deutschland	nein	- parlamentarische Ratifizierung	12.05.05 Bundestag Bundesrat 27.05.05
Estland	nein	- parlamentarische Ratifizierung: Beginn 2005.	Voraussichtl. vor der Sommerpause 2005
Finnland	nein	- parlamentarische Ratifizierung: Beginn Ende 2005.	Ende 2005
Frankreich	ja	- fakultatives, bindendes Referendum: Ratifizierung gescheitert (54 % nein, 45% ja; Wahlbeteiligung: 70%)	29.05.2005 Ratifizierung gescheitert
Griechenland	nein	- parlamentarische Ratifizierung bereits stattgefunden (268 ja; 17 nein, 15 Enthaltungen)	19.04.2005
Irland	ja	- obligatorisches, bindendes Referendum.	Ende 2005
Italien	nein	- parlamentarischer Ratifizierung, am 25.01.2005 im Unterhaus und 06.04.2005 im Senat.	06.04.2005
Lettland	nein	- parlamentarische Ratifizierung (71 ja, 5 nein, 6 Enthaltungen)	02.06 2005
Litauen	nein	- parlamentarische Ratifizierung bereits stattgefunden (84 ja; 4 nein; 2 Enthaltungen)	11.11.2004
Luxemburg	ja	- fakultatives, bindendes Referendum.	10.07.2005
Malta	nein	- parlamentarische Ratifizierung.	Juli 2005

Niederlande	ja	- fakultatives, nicht-bindendes Referendum (62% nein, 38% ja, Wahlbeteiligung: 64%)	1. Juni 2005 Ratifizierung gescheitert
Österreich	nein	- parlamentarische Ratifizierung (Nationalrat: 181 ja, 1 nein, 1 Enthaltung; Bundesrat: 62 ja, drei nein)	11.Mai 2005 Nationalrat; 25.05.05 Bundesrat
Polen	ja	- fakultatives, nicht-bindendes Referendum.	Termin strittig
Portugal	ja	- fakultatives, bindendes Referendum für Oktober 2005 geplant.	Termin strittig
Schweden	nein	- parlamentarische Ratifizierung	voraussichtl. Ende 2005
Slowakei	nein	- parlamentarische Ratifizierung bereits stattgefunden (116 ja; 27 nein; 4 Enthaltungen).	11.Mai 2005
Slowenien	nein	- parlamentarische Ratifizierung bereits stattgefunden (79 ja; 4 nein; 7 Enthaltungen)	01.02.2005
Spanien	ja	- fakultatives, nicht bindendes Referendum bereits am 20.02.2005 stattgefunden (76% ja; 17% nein; Wahlbeteiligung bei 42%), parlamentarische Ratifizierung am 28.04.05 in der Abgeordnetenkammer und am 18.05.05 im Senat	20.02.2005 28.04.05 18.05.05
Tschechien	noch nicht entschieden	- Frage eines bindenden Referendums ist noch nicht entschieden; vor allem das geplante Datum, Juni 2006, ist umstritten	Sommer 2006
Ungarn	nein	- parlamentarische Ratifizierung bereits stattgefunden (304 ja; 9 nein)	20.12.2004
Vereinigtes Königreich	ja	- fakultatives, bindendes Referendum.	voraussichtl. nach März 2006
Zypern	nein	- parlamentarische Ratifizierung.	Voraussichtl. Vor Ende Mai 05

Barbara Einhäuser

Quellen:

<http://www.europarl.de/index.php?rei=2&vers=text>
<http://www.iri-europe.org/>
<http://www.euractiv.com/>
http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=257
<http://www.verfassungen.de/>
<http://www.derstandart.at>
<http://www.gallup-europe.be/>
<http://www.agenceurope.com/>
<http://europa-digital.de>

<http://www.cap-lmu.de/themen/eu-reform/ratifikation/index.php>
http://europa.eu.int/comm/public_opinion/archives/eb_special_en.htm
<http://www.publiek-politiek.nl/49>
<http://www.faz.net>
<http://www.sueddeutsche.de>
<http://www.handelsblatt.com>
<http://www.ftd.de>